

„Verwirrung“ berechtigt

Die Stadt Reutlingen versucht in einer Pressemitteilung im Oktober 2013 die „Verwirrung“ um die geplante Erweiterung der Erddeponie „Saurer Spitz“ zu beheben. Der BUND nennt Gründe für diese „Verwirrung“ und bezweifelt den korrekten Ablauf des Verfahrens um die Erddeponie „Sauren Spitz“.

Gründe:

1. **Unzureichende Beteiligung der Naturschutzverbände.** So wurden Gutachten zum Arten- und Biotopschutz nur auf mehrfaches Nachfragen – zwei davon erst nach Veröffentlichung des Planfeststellungsbeschlusses - ausgehändigt. Und das, obwohl die Fachleute der Verbände bei frühzeitiger Beteiligung mit Vorschlägen zu wirksamen Naturschutzmaßnahmen konstruktiv mitwirken könnten. Im Übrigen enthalten die unter Zeitdruck erstellten Gutachten fachliche Fehler und Ungereimtheiten z. B. bezüglich der Populationsgröße bzw. Schutzwürdigkeit von Salamander bzw. Steinkrebs. Das Vorkommen diverser, geschützter Arten konnte nur stichprobenartig kontrolliert werden.
2. **Nicht ausreichende Prüfung von alternativen Standorten** bzw. der ortsnahe Wiederverwertung des Erdaushubs des Scheibengipfeltunnels und anderer Bauprojekte. Die Deponie-Erweiterungsfläche grenzt direkt an ein europaweit geschütztes FFH-Gebiet - das natürlich von den Bauarbeiten und dem Betrieb beeinträchtigt wird - und wäre mit ihrem Waldmeister-Buchenwald, in dem außerdem zahlreiche 150 – 200-jährige Eichen eingestreut waren - ebenfalls FFH –würdig (gewesen!). Deshalb sprachen sich im Verfahren nicht nur die Naturschutzverbände sondern auch der städtische Forst gegen diesen Standort aus.
3. Entgegen der Pressemitteilung im Oktober 2013 der Stadt Reutlingen wurden ein **Großteil der vorgeschlagenen Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen für geschützte Tierarten zu spät, erst nach massiven Hinweisen der Naturschutzverbände auf deren rechtliche Verbindlichkeit und außerdem bis heute nicht im erforderlichen Maße umgesetzt** – während große Flächen des Waldgebietes bereits zerstört wurden. Gerade weil vom Vorhabensträger Technischer Betriebsdienste RT noch längst nicht genug Ersatzlebensräume gefunden bzw. geschaffen wurden, geht der BUND davon aus, dass nur ein geringer Teil der umgesiedelten, umgesetzten und vergrämen Tiere (insbesondere der ehemals großen Salamanderpopulation) eine Überlebenschance haben wird.

In den Fachgutachten wird ein **langjähriges Monitoring** also eine Kontrolle zur Wirksamkeit der Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen gefordert. Der BUND fordert Informationen darüber, wie dies fachlich korrekt (die umgesiedelten Tiere wurden nicht markiert) ausgeführt werden kann und ob die Finanzierung des Monitorings gesichert ist.

Abschließend: Nicht nur Salamander, Fledermäuse und andere Tiere leiden unter der Zerstörung ihres Lebensraumes sondern auch Spaziergänger, denen im dicht besiedelten Albvorland ein weiteres Stück Erholungsraum genommen wird.